

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

17. WP - 28. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. Mai 2011, 13:30 Uhr  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttisch (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

**Fehlende Abgeordnete**

Sandra Redmann (SPD)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>                                                                                                                                             | <b>Seite</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| <b>1. Bericht des Ministeriums für Umwelt, Natur und ländliche Räume über Überlegungen auf EU-Ebene, die Nulltoleranzgrenze bei Futtermitteln abzuschaffen</b>   | <b>4</b>     |
| Antrag des Abg. Lothar Hay (SPD) in der 24. Sitzung am 24. Februar 2011<br>(Fortsetzung der Beratung vom 9. März 2011)                                           |              |
| <b>2. Bericht des Ministeriums für Umwelt, Natur und ländliche Räume über den aktuellen Stand hinsichtlich des ukrainischen Giftmülls bei der Firma Remondis</b> | <b>6</b>     |
| <b>3. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2011</b>                                                                                                             | <b>7</b>     |
| <a href="#">Umdruck 17/2438</a>                                                                                                                                  |              |
| <b>4. Verschiedenes</b>                                                                                                                                          | <b>8</b>     |

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Umwelt, Natur und ländliche Räume über Überlegungen auf EU-Ebene, die Nulltoleranzgrenze bei Futtermitteln abzuschaffen**

Antrag des Abg. Lothar Hay (SPD) in der 24. Sitzung am 24. Februar 2011

(Fortsetzung der Beratung vom 9. März 2011)

Ministerin Dr. Rumpf berichtet, die Kommission habe am 15. November 2010 einen ersten Entscheidungsvorschlag über eine Verordnung zur Festlegung von Probenahme- und Nachweisverfahren und zur Bewertung der Ergebnisse im Bereich der Spurenverunreinigungen von Futtermitteln mit nicht in der Gemeinschaft zugelassenen gentechnisch verändertem Material vorgelegt. Am 22. Februar 2011 hätten die Mitglieder im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit dem Kommissionsvorschlag mit Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf mit qualifizierter Mehrheit zugestimmt. Der Vorschlag sei entsprechend des Beteiligungsverfahrens dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Kontrolle übersandt worden. Erhebe sich innerhalb der Frist von drei Monaten kein Widerspruch, werde die Kommission die Maßnahme in Kraft setzen. Die Einspruchsfrist laufe am 15. Juli 2011 ab. Bisher sei ihr, M Dr. Rumpf, noch kein Widerspruch bekannt.

Die Probenahme und Analytik für die noch nicht in der EU zugelassenen GVO werde auf die technische Nachweisgrenze von 0,1 % für einen noch nicht zugelassenen GVO in Futtermittelproben vereinheitlicht.

Der Geltungsbereich des Verordnungsvorschlags sei unter Sicherheitsaspekten dabei eingeschränkt auf folgende Punkte:

- Die noch nicht in der EU zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen müssten in einem Drittstaat bereits zugelassen sein.

- Für derartige GVO müsse ein Antrag bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit vorliegen. Dieser Antrag müsse bereits drei Monate vor einem Spurennachweis gestellt worden sein.
- Die EFSA müsse diese GVO als nicht ausdrücklich riskant für die Umwelt und Gesundheit eingestuft haben, also eine vorab positive Sicherheitsbewertung abgegeben haben.
- Für diese GVO müssten validierte Analysemethoden und Referenzmaterial zur Verfügung stehen.

Mit der Einführung einer technischen Null solle die im Gemeinschaftsrecht verankerte Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen nicht infrage gestellt werden. Es gehe vielmehr darum, eine klare Definition der messtechnisch erreichbaren Null vorzunehmen, um allen Beteiligten, Behörden wie Unternehmen, die nötige Rechtssicherheit zu geben.

Auf eine Frage des Abg. Rickers legt Herr Trede aus dem Umweltministerium dar, es gebe eine Reihe von Beispielen für derartige Fälle. Das liege an dem zum Teil verzögerten Zulassungsverfahren. So gebe es beispielsweise in den USA sehr viele Mais- und Sojasorten, die GVO-verändert seien und sich im Anbau befänden. Das notwendige Zulassungsverfahren im europäischen Bereich dauere in der Regel einige Zeit.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Umwelt, Natur und ländliche Räume über  
den aktuellen Stand hinsichtlich des ukrainischen Giftmülls bei der Firma  
Remondis**

M Dr. Rumpf berichtet über den aktuellen Stand der Verbrennung des ukrainischen Sonderabfalls. In Brunsbüttel sei der genehmigungskonforme Zustand erreicht. Über die Abfälle in Lübeck habe eine Besprechung stattgefunden. Remondis habe ein Konzept für die Verbringung nach Brunsbüttel vorgelegt. Es stehe noch ein externes Gutachten aus, in dem sich die Gutachter zu noch offenen Fragen äußern sollten. Danach würden die derzeit in Lübeck gelagerten Abfälle nach Brunsbüttel verbracht werden.

Sie erläutert auf eine Frage des Abg. Dr. von Abercron, die in Lübeck lagernden Abfälle seien in Stahlbehälter verbracht worden. Es gehe nunmehr um die Frage, ob Feuerwehrfahrzeuge den Transport begleiten sollten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2011**

[Umdruck 17/2438](#)

Der Ausschuss modifiziert den Zeitplan für das zweite Halbjahr 2011 und beschließt nunmehr die aus [Umdruck 17/2438](#) ersichtlichen Termine.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Kongress „Zukunft der strukturschwachen und ländlichen Räume“ am 4. April 2011**

M Dr. Rumpf geht auf die in der Sitzung am 6. April 2011 geäußerte Kritik ein, dass sie an dem Kongress „Zukunft der strukturschwachen und ländlichen Räume“ am 4. April 2011 in Berlin nicht teilgenommen habe. Inzwischen sei ihr schriftlich bestätigt worden, dass sie keine Einladung erhalten habe.

#### **b) Antrag für die Tagesordnung der nächsten regulären Sitzung**

Abg. Hay bittet um einen Sachstand hinsichtlich der Novellierung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der nächsten Sitzung.

#### **c) Situation der Krabbenfischerei**

M Dr. Rumpf berichtet über ein Gespräch mit Krabbenfischern, dem zuständigen Staatssekretär aus dem Bundesministerium sowie dem zuständigen Minister aus Niedersachsen. Sie trägt vor, die Krabbenfischer hätten sich für die ersten Maßnahmen, die ergriffen worden seien, bedankt. Das Finanzministerium habe mittlerweile auch schriftlich zugesagt, dass die Finanzämter in der derzeitigen Situation Rücksicht auf die Krabbenfischer nähmen, wenn es um Fragen der Stundung gehe. In dem Gespräch seien verschiedene Maßnahmen diskutiert worden, unter anderem die Siebgröße und die Maschenbreite. Die Fischer hätten den vorliegenden Vorschlägen zugestimmt.

Außerdem sei mit dem Bundesvertreter über strittige Fragen diskutiert worden. Der Bund bleibe bei seiner ablehnenden Haltung zu den Themen Abwrackprämie und Neubauförderung.

Zum Thema Allgemeinverbindlichkeit seien die vom Ministerium bereits vorgetragenen Argumente bestätigt worden. Auf eine Nachfrage des Abg. Voß legt M Dr. Rumpf dar, dass die Allgemeinverbindlichkeit nur für die Anlandungen gelte. So gebe es die Befürchtung, dass niederländische Fischer beispielsweise auf Häfen in Dänemark auswichen.

M Dr. Rumpf fährt fort, ein weiteres Gesprächsthema seien Schwierigkeiten mit der niederländischen Kartellbehörde gewesen.

Der Staatssekretär des Bundesministeriums habe zu einem Runden Tisch eingeladen. Dort sollten auch Vertreter der niederländischen Krabbenfischer anwesend sein. Die Landesregierung werde durch Staatssekretär Rabius vertreten.

Auf eine Frage des Abg. Voß legte M Dr. Rumpf dar, auch über eine stückweise Abgabe von Lizenzen sei diskutiert worden. Dies sei zu prüfen. Die Landesregierung sehe darin durchaus eine Möglichkeit. Ansinnen der Landesregierung sei, eine Perspektive für die Fischer zu schaffen. Deshalb werbe sie für eine Neubauförderung.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 13:50 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin